



© Parthamedia.net/Andrey Popov

**Privatsphäre** Der Bundestrojaner steht in der Kritik, ein unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument darzustellen.

blems Herr werden soll, scheiden sich jedoch die Geister der Nationalratswahlkandidaten: Während die ÖVP etwa für eine digitale Ausweispflicht plädiert, steht die Verhinderung derselben ganz oben auf der Agenda von SPÖ und Neos, wenn es um netzpolitische Fragen geht.

### Freiheit

Ein weiteres Thema, das in der letzten Legislaturperiode für viel Diskussionsstoff sorgte, ist die Vorratsdatenspeicherung. Die Entscheidung zwischen Freiheit und vermeintlich mehr Sicherheit wurde von der türkis-blauen Koalition nicht zuletzt im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft zugunsten der Vorratsdatenspeicherung vorangetrieben, wie ein internes

## Was halten Sie von neuen Ermittlungsmethoden wie dem ‚Bundestrojaner‘?

Mit der Möglichkeit der Überwachung verschlüsselter Nachrichten (z.B. WhatsApp) schließen wir vorhandene Sicherheitslücken in der behördlichen Ermittlungsarbeit und bekämpfen Terrorismus und schwere Kriminalität – ganz ohne Bundestrojaner. Die neuen Ermittlungsmethoden umfassen höchste Rechtsschutzstandards und werden nur individuell und nach richterlichem Beschluss eingesetzt.

Die SPÖ hat sowohl den Bundestrojaner wie auch andere Bestimmungen dieses Pakets vor den Verfassungsgerichtshof gebracht, damit dieser die verfassungsrechtlichen Bedenken, die wir gegen diesen Gesetzesbeschluss haben, überprüft. Für die SPÖ ist der Eingriff in das Recht auf Privatsphäre zu weitgehend.

Man muss der Exekutive auch das notwendige Rüstzeug geben, um Kriminalität und Terrorismus effektiv bekämpfen zu können. Aber unbegründete Massenüberwachung ist strikt abzulehnen.

## Stichwort Monopol: Sollten Digitalkonzerne wie Google zerschlagen werden?

Es braucht ein neues Bewusstsein der Kooperation statt der klein-klein-Diskussion innerhalb des österreichischen Markts. Durch eine Anpassung des Wettbewerbsrechts an das asymmetrische Wettbewerbsumfeld können heimische Medienunternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Online-Medien aus dem Ausland steigern und sich besser an das veränderte Nutzungsverhalten anpassen.

Es braucht mehr Regulierung, gerechte Besteuerung, ein modernes Wettbewerbsrecht auf EU-Ebene, um den Datenschutz hochzuhalten und Monopole zu unterbinden. Außerdem braucht es faire Spielregeln für alle. Steuerschlupflöcher gilt es, mit Maßnahmen wie der Einführung einer sogenannten digitalen Betriebsstätte im Steuerrecht zu schließen, um Gewinne am Ort der Wertschöpfung besteuern zu können.

Die EU ist hier gefordert, Maßnahmen zu setzen, damit sich europäische Dienste etablieren können.

## Wie stehen Sie zum Thema Netzneutralität?

Wir bekennen uns klar zur Netzneutralität. Denkbar wäre allenfalls – jedoch nur, wenn dies ohne Gefährdung der Netzneutralität in Abstimmung mit Experten und involvierten Stakeholder umsetzbar ist –, für Dienste, die im Interesse der Öffentlichkeit stehen (z.B. Wissenschaft, Forschung oder Operationen), Verkehrsregeln zu implementieren, die ein reibungsloses Funktionieren dieser Dienste gewährleisten.

Wir wollen die Informationsvielfalt im Netz erhalten. Wichtig dafür ist auch die Sicherung der Netzneutralität. Das bedeutet, dass alle Inhalte vom Internetprovider gleich schnell und in gleicher Qualität übertragen werden müssen. Niemand soll sich eine ‚digitale Überholspur‘ erkaufen können.

Die Netzneutralität muss erhalten bleiben. Eine Bevorzugung bzw. Benachteiligung einzelner Anbieter führt zur willkürlichen Zensur.